

AUSGABE K
Binnenzelle
Mo-Fr, DM 1,80
Sa, 1,80, SS 14,-
So, 2,00, SS 14,-

SÜDKURIER

E 6574

W verschiedene
Lebendzettel
Druckauflage
täglich über
100.000 Exemplare
http://www.suedkurier.de

DONNERSTAG, 6. NOVEMBER 1997

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

NR. 256 · 53. JAHR

AUS DEM INHALT

Drei deutsche Siege
Champions League: Borussia Dortmund siegte 2:0 gegen Parma, Leverkusen 4:1 gegen Lazio, Bayern München verlor 1:3 in Paris. Im Uefa-Pokal erreichte Schalke 04 durch einen 2:1-Sieg in Anderlecht das Achtelfinale. SPORT

Interview mit Blüm
Im Gespräch mit dem SPD-KU-BIERS zur Lage auf dem Arbeitsmarkt appelliert Bundesarbeitsminister Norbert Blüm an die Unternehmen, mehr Personal einzustellen. POLITIK, SEITE 4

Kühnes Modell



Der neue Stuttgarter Hauptbahnhof (im Bild ein Ausschnitt aus dem Modell) wird nach Ansicht von OB Wolfgang Schuster ein neues Wahrzeichen der Landeshauptstadt. BADEN-WÜRTTEMBERG, SEITE 5

Spar kauft Pfannkuch
Der Lebensmittelriest Spar hat dem Konkurrenten Edeka die Pfannkuch-Kette mit 212 Filialen vor der Nase wegwuchtpakt. WIRTSCHAFT

Wer wird Präsident?
In der Europäischen Union ist ein heftiger Streit über die Besetzung des Chirpostens bei der künftigen Europäischen Zentralbank entbrannt. Frankreich und die Niederlande melden Ansprüche an. KOMMENTAR UND WIRTSCHAFT

Phantom der Oper
Spar-Pläne von Kulturminister Chris Smith, in London die in Filmanzügen stekende Royal Opera mit der National Opera zusammenzulegen, erzeugen derzeit die Gemüter der Briten. KULTUR, SEITE 10

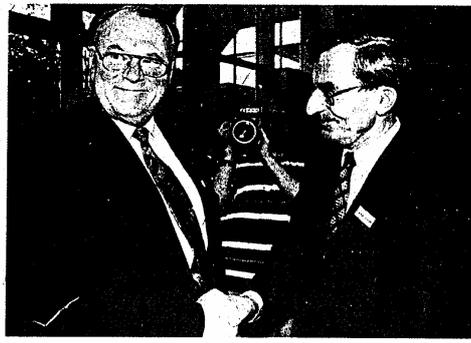
Rezeptpflicht
Anti-Allergie-Medikamente mit Astemizol und Terfenadin soll es nur noch auf Rezept geben. Der Grund: Verdacht auf gefährliche Nebenwirkungen. TIPS UND TRENDS, SEITE 12

DAS WETTER

Wolkenreiß
Bei meist wolkenigem Himmel reicht es vor allem am Alpenrand für böigen Aufwinden, und es bleibt vom Hoch bis zum Linnzoo meist trocken. Roggen fällt vor allem in Schwarzwaldnähe. Die Temperaturen klettern auf laue 10 bis 13 Grad. SEITE 12

EKD wählt Manfred Kock

Nachfolger Engelhardts
Wetzlar (dpa) Der neu gewählte EKD-Ratsvorsitzende Manfred Kock will die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) energisch gegen die Arbeitslosigkeit mobilisieren. „Der größte Skandal unserer Gesellschaft ist, daß wir fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland“, sagte der Geistliche, Präsers der Evangelischen Kirche im Rheinland. Die Kirche werde hierbei engagiert streiten und ihre Finger in offene Wunden legen. Die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seien unzureichend.
Kock war von der EKD-Synode mit großer Mehrheit zum höchsten Repräsentanten von knapp 28 Millionen evangelischen Christen gewählt worden. Er ist Nachfolger von Klaus Engelhardt, der nach sechsjähriger Amtszeit in den Ruhestand geht.

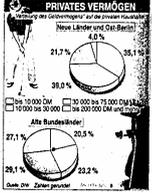


Landesbischof Klaus Engelhardt (rechts) gratuliert seinem Nachfolger an der EKD-Spitze, Manfred Kock. Bild: dpa

Studie: Die Kluft wird tiefer

Institut dokumentiert immer ungleichere Verteilung von Vermögen

Bonn (Reuters/dpa) Die Kluft zwischen es in der nun vorgelegten Studie, die von den Reichen und der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in nach einer Untersuchung des Deutschen Auftrags gegeben worden war. Demgegenüber Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) über hätten sich die Reallohne kaum erhöht, immer größer. Die Reichen seien in den SPD und Gewerkschaften forderten eine letzten Jahren noch reicher geworden, heißt Korrektur dieser „erheblichen Schiefelage“.



Die DIW-Studie enthält keine neuen Zahlen, sondern stellt Daten aus der jüngeren Vergangenheit lediglich nebeneinander. Danach belief sich das Geldvermögen der westdeutschen Haushalte 1993 auf durchschnittlich 65.900 Mark. Ein Drittel aller Haushalte verfügte aber nicht einmal über 4000 Mark. Die Hälfte blieb unter 38.000 Mark. Sechs Prozent der Haushalte hatten Rücklagen von mehr als 200.000 Mark und kontrollierten damit fast ein Drittel des Gesamtvermögens. Von der Statistik nicht erfaßt werden die besonders reichen Haushalte. Experten zufolge haben deshalb zwei Fünftel des Privatvermögens unberücksichtigt.
Der SPD-Sozialpolitiker Ottmar Schreiner verlangte eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten am Betriebsvermögen. Die kirchlich gesteuerten Gewinne der Firmen seien ein Grund dafür, daß viele Arbeitnehmer trotz hoher Arbeitslosigkeit immer weniger dazu bereit seien, auf Reallohnwächse zu verzichten. Schreiner verwies zudem darauf, daß bei elf Prozent der Haushalte die Schulden höher seien als das Geldvermögen.
Diese Problematik werde gefährlich unterschätzt.
DIW-Chefvolkswirt Heiner Flassbeck warnt allerdings vor dem „düppelnden Risiko“, daß eine stärkere Beteiligung am Firmenkapital für Arbeitnehmer bedeuten könne. Flassbeck forderte dagegen die Gewerkschaften auf, zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik zurückzukehren. Sie seien mit ihren Lohnabschlüssen zu lange unter dem geliebten, was die Produktivität an Verlusten zugelassen hätte. Diese Form der Lohnzurückhaltung über viele Jahre habe Untersuchungen zufolge bisher nicht zu beschäftigungspolitischen Erfolgen geführt.
Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) verlangte eine stärkere Förderung der tarifvertraglichen Vermögensbildung in Form von überbetrieblichen Tariffonds. Daß die Regierung stattdessen die private Vermögenssteuer abgeschafft habe, stelle „ein starkes Stück politischer Unvernunft“ dar.
DGB und SPD wollen die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland mit neuen Vorstößen zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen beantworten. Zugleich kündigten sie ihren Einsatz für eine neue Abgabe für private Großvermögen an, nachdem die Vermögenssteuer Anfang des Jahres abgeschafft worden war. ■ Kommentar „Reiches Volk“

DER KOMMENTAR

Reiches Volk

Es ist verständlich, daß in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit und steigender Unternehmensgewinne die Frage nach der Gerechtigkeit von Vermögen und Einkommen gestellt wird. Eine Antwort auf die Frage, ob es eine richtige und gerechte Verteilung gibt, hat bisher niemand gefunden. Die DIW-Studie erhebt diesen Anspruch erst gar nicht. Sie beobachtet lediglich Entwicklungen. Danach ist vor allem festzustellen: Die Deutschen sind noch immer ein wohlhabendes Volk. Jeder zweite Haushalt besitzt Immobilien und 97 Prozent aller Haushalte verfügen über Geldvermögen.
Daß diese Vermögen nicht gleichmäßig verteilt sind, ist miteinem Dum in Anse. Doch es gibt kein funktionierendes Modell einer Industriegesellschaft, in der Besitz auf alle gleich verteilt ist. Dieses Modell müßte den Verzicht auf Konsum, Voraussetzung für die Bildung von Vermögen, bestrafen. Damit würde das Erbsitzen von Kapital behindert. Ohne Kapital aber keine Industrie.
Dennoch: Die Förderung nach höherer Beteiligung der Beschäftigten am Produktivkapital ist berechtigt. Diese Möglichkeit steht heute schon über Aktienfonds jedem offen. Doch Produktivkapital bedeutet Risiko. Das schreie viele ab. ■ DIW/SCHREINER

BILDUNG

Herzog fordert neues Denken

Berlin (dpa) Bundespräsident Herzog hat ein neues Bildungsmodell für das 21. Jahrhundert gefordert. Schulen und Hochschulen müßten neue Leistung fordern. Die Deutschen müßten alle Kräfte für einen Aufbruch in der Bildungspolitik einsetzen. Er verlangte bei der Ausbildungszeiten, eine Reform der Lehrpläne an Schulen und Hochschulen, mehr Wettbewerb und den Ausbildungsbereich und eine stärkere internationale Ausrichtung mit mehr Schul- und Studienaustausch. ■ Leitartikel auf Seite 2 und Seite 5

Widersinnig

Der Vorschlag des französischen Präsidenten und seiner Regierungschefs, einen eigenen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Zentralbank zu benennen, ist ebenso ungeschickt wie illusorisch. Die Ernennung bedarf es der Einstimmigkeit. Das Veto der Holländer, die einen eigenen Kandidaten stellen, gilt aber als sicher.
Tatsächlich befehlet Paris wieder einmal ein angeblich erstickendes deutsches Übergewicht im währungspolitischen Bereich. Dem holländischen Kandidaten Wim Duisenberg wird unterstellt, nur der Schatten des deutschen Bundespräsidenten Hans Tiemeyer zu sein – und so ein deutscher der Bundesbank.
Frankreich besitzt für seine Offensive gegen das imaginierte Übergewicht der Bundesbank nicht die geringsten Erfolgsaussichten. Es verbindet zwar die Wahl Duisenbergs, hat aber nicht die Gewißheit, damit einen gefügigeren Kandidaten den Weg zu ebnen. Außerdem ist die Spitze auf Schwierigkeiten stoßen, wenn es versucht, Landeute an die Spitze anzusetzen. Landeute an die Spitze anzusetzen, ist ein Vorhaben, das weder europäischer und internationaler Einrichtungen zu stellen. Nicht zuletzt gefährdet Frankreich seinen internationalen Ruf. Denn nationalgezozieller Ehrgeiz und Eitelkeiten sind wichtiger denn je. ■ ALFRED FRISCH, PARIS

AUS DER REGION

ERIKSKIRCH

Verdacht auf Giftstoffe
In der Erikkircher Irrenschule leiden seit einiger Zeit einige Schüler und Lehrer vermehrt unter Kopfschmerzen und Augenbrennen. Deshalb kamere jetzt der Verdacht, daß die Beschwerden von Giftstoffen in den Klassenräumen ausgeht sein könnten. Die Gemeinde nimmt diesen Verdacht ernst. Deshalb schaltete Bürgermeister Markus Spöhr eine Firma ein, die in den Klassenräumen Untersuchungen der Luft auf mögliche Umweltgifte durchführt. Nach Angaben des Bürgermeisters liegen die Ergebnisse noch nicht vor. Bei der rein optischen Untersuchung der mit Holzbohlen und Teppichböden ausgestatteten Klassenräume konnte nichts Auffälliges entdeckt werden. ■ sw

FRIEDRICHSHAFEN

Eislaufbahn in der Messehalle 9
Am morgigen Freitag wird in Friedrichshafen die Eislaufsaison 1997/98 eröffnet. Nachdem eine mobile Eislaufhalle am Riedlewald im vergangenen Jahr einen vollen Erfolg war, wird der Eisreiß in diesem Jahr in der Messehalle 9, und damit überdacht, veranlaßt. Die Kosten für die Halle, manie und den Strom übernimmt die Stadt. Der Rest die beiden privaten Betreiber. Täglich werden bis zu vier Laufzeiten angeboten. Eisköcher-Mannschaften stellen Trainingszeiten zur Verfügung, und an verschiedenen Abenden gibt es ein spezielles Programm, wie eine Eisdisco. Am Freitag um 19 Uhr wird Oberbürgermeister Bernd Wiedmann die Halle einweihen, ab 20 Uhr soll die Einlass des Publikums zur Verfügung. ■ sw

STOCKACH

40jähriger stirbt bei Verkehrsunfall
Bei einem frontalen Zusammenstoß im Stockacher Ortsteil Winterspüren ist gestern in den frühen Morgenstunden ein 40jähriger Autofahrer aus dem Raum Sigmaringen getötet worden. Der Mann erlitt seinen Verletzungen noch am Unfallort, nachdem er von der Feuerwehr mit der Rettungsschere aus dem Fahrzeug befreit worden war. Der zweite am Unfall beteiligte Fahrer, ein 20jähriger Mann, wurde schwerverletzt im Krankenhaus Stockach aufgenommen. Warum die Fahrzeuge auf einer freien Strecke in Höhe des Ortsausgangs kollidierten, blieb gestern unklar. Das Opfer ist 1997 der Verkehrsminister Bernd Wiedmann. Der Sachschaden an beiden Fahrzeugen beläuft sich auf 17.000 Mark. ■ sw

ÜBERLINGEN

Mit Gewalt gegen schlechte Laune
Zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung und einer Geldbuße von 800 Mark wurde ein 17jähriger Auszubildender in einer Strafverhandlung vor dem Jugendgericht in Überlingen verurteilt, der im Sommer dieses Jahres in Friedrichshafen auf der Überlingenstraße ein 15jähriges Schüler mit Faustschlägen und Trittschlägen attackiert hatte. In Gesellschaft einer Gruppe von Skins hatte er, wie sich bei der Verhandlung herausstellte, dem seine schlechte Laune ableiten wollten. Der Schüler hatte sich in Gesellschaft Gleichaltriger befunden und war ihm wegen seines staatschlägerischen Auftretens. Der Angeklagte stand wegen dieser und zweier weiterer gewaltvoller Straftaten vor Gericht. ■ sw

MENGEN

Ausbrecher bei Mengen gesehen
Die aus dem Zentrum für Psychiatrie in Weilsbach bei Ravensburg ausgebrochenen beiden gefährlichen Straftäter sollen sich im Raum Mengen (Landkreis Sigmaringen) aufhalten. Hier gingen seit Mitte August unabhängig voneinander drei Hinweise von Zeugen bei der Polizei ein, die den 35jährigen Udo Odermatt gesehen haben wollen. Odermatt wurde wegen Mordes in die Psychiatrie eingewiesen, sein 29jähriger Begleiter, Rolf Urbschwan, wegen gefährlicher Körperverletzung. Den beiden gelang ein Vorgriff auf Mengen, während einer Therapiepause die Flucht, für die Ergreifung Odermatts sind 5000 Mark Belohnung ausgesetzt. Bei der Flucht hat umfangreiche Fahndungsmaßnahmen ergriffen. ■ sw

Escalation-oriented		De-escalation-oriented
H	1	Absurd
1	1	The push by the French President and his head of government to name their own candidate for the office of President of the European Central Bank is just as inept as it is illusory.
1	2	The appointment requires unanimity.
1	3	A veto by the Dutch, who have their own candidate, is regarded as certain.
2	1	The fact is that Paris once again fears an apparently oppressive German predominance in the monetary policy area.
2	2	It is implied that Dutch Candidate Wim Duisenberg is only the shadow of German National Bank President Hans Tietmeyer – and thus a tool of the German National Bank.
3	1	France has not the least prospect of success in its offensive against the imaginary predominance of the German National Bank.
3	2	It does prevent the election of Duisenberg, but is not certain of thereby smoothing the way for a more compliant candidate.
3	3	Furthermore, Paris could run up against difficulties if it attempts to place its nationals at the head of other European and international institutions.

3	4	Not least of all, France is endangering its international reputation.
3	5	For national egocentric pride and vanity are currently less popular than ever.
		ALFRED FRISCH, PARIS